



Beiratsfraktion Walle

Beschlussvorlage

für die kommende Beiratssitzung

Mobile Bankfiliale für Walle

Die Beirat Walle möge beschließen:

Der Beirat Walle bitten die Sparkasse Bremen AG sowie die Bremische Volksbank eG eine Mobile Bankfiliale anzuschaffen um Bankdienstleistungen zu einem festgelegten Zeitpunkt in Walle anzubieten.

Weiterhin wird WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH gebeten, zu prüfen, wie ein solches Angebot unterstützt werden kann.

Begründung:

In den vergangenen Jahren reduzieren sich die Bankfilialen und damit verbundene Bankdienstleistungen wie die Bargeldversorgung erheblich. Als letztes hat die Sparkassenfiliale am Wartburgplatz geschlossen. Ursächlich hier, ist der Wandel zum bargeldlosen Zahlungsverkehr und die zunehmende Inanspruchnahme von onlinebasierten Bankdienstleistungen.

Nach wie vor gibt es jedoch eine große Anzahl von Waller MitbürgerInnen, die weder Online-Banking nutzen, noch künftig in der Lage sind, entfernt liegende Bankfilialen aufzusuchen. Die Gründe hierfür ist beispielsweise das Lebensalter oder individuelle Mobilitätseinschränkungen. Diese MitbürgerInnen sind von der Bargeldversorgung abgeschnitten. Dienstleistungen können nicht bezahlt werden. Ein Einkauf auf einem Wochenmarkt kann dann nicht getätigt werden, weil kein Bargeld verfügbar ist. Die Marktbesucher trifft dieser Umstand ebenfalls erheblich, dies haben aktuelle Befragungen auf dem Waller Wochenmarkt bestätigt. Die Folgen des digitalen Wandels müssen abgedeckt werden, indem den betroffenen BürgerInnen Möglichkeiten zur barrierefreien Teilhabe am Zahlungsverkehr und Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen wieder ermöglicht werden.

Daher bitten der Beirat Walle, die oben genannten Bremer Bankinstitute, eine mobile Filiale anzuschaffen, um an bestimmten Tagen, z.B. während der Marktöffnungszeiten auf dem Wartburgplatz, Bankdienstleistungen bürgernah anbieten zu können.

Marco Juschkeit, FDP-Walle

Grziwa-Pohlmann, SPD-Walle



Quelle: zvw.de



Quelle: blog.sparkasse-bremen.de

Beschluss des Beirates Walle

Geldautomat für den Wartburgplatz in Walle

Der Beirat Walle beschließt:

Der Beirat Walle fordert die Sparkasse in Bremen auf, ein Bankterminal am Wartburgplatz in Walle – als Ersatz für die geschlossene Filiale – fest zu installieren.

Begründung:

Selbst Bürgermeister Bovenschulte weist auf die Sorgen der Bürger:innen und ihre Bargeldversorgung hin (Weser Kurier vom 31.3.2022).

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben sich die Sparkassen und Bankdienstleistungen in erheblichem Maße verändert. Im Zuge der Digitalisierung konnten eine Vielzahl von Sparkassendienstleistungen online erledigt werden. Nach wie vor gibt es jedoch eine große Anzahl von Mitbürgern, die weder online-Banking machen noch aufgrund ihres Alters künftig hierzu bereit und in der Lage sind. Die Seniorinnen und Senioren, insbesondere die Hochbetagten, die auch noch zu Hause wohnen, möchten selbstbestimmt ihr Leben gestalten, und hierzu gehören vor allen Dingen kurze Wege. Im vergangenen Jahr konnte eine neue Zentrale an der Universität, wo viele junge Menschen sind, die online-Banking machen und die mobil sind, realisiert werden. Für diejenigen Menschen, welche nicht mehr so mobil sind, wurden hingegen in den vergangenen Jahrzehnten die Sparkassendienstleistungen erheblich reduziert und damit der Alltag für unsere Seniorinnen und Senioren weiterhin deutlich erschwert – und das, obwohl die meisten von ihnen ihr Leben lang treue Kunden unserer Sparkassen waren.

Brunhilde Wilhelm
Bündnis 90 / Die Grünen

Bremen, den 18.4.2022



CDU-BEIRATSFRAKTION WALLE

Antrag der Beiratsfraktionen der CDU im Bremer Westen
für die Sitzung der Beiräte

„Wenn die Bank in die Stadtteile fährt“ Ein mobiler Sparkassenbus mit Angeboten der Stadtteilfilialen wird die Kundenfrequenz in den Beiratsbereichen entlasten

Der Beirat möge beschließen:

Der Vorstand der Sparkasse Bremen wird aufgefordert zur Entlastung der zurzeit spärlich vorhandenen Einrichtungen der Sparkasse einen mobilen Bus einzusetzen, der das übliche Angebot eines Geldinstitutes bietet und über die Woche hinweg in den Stadtteilen unterwegs ist.

Begründung:

Die Sparkasse reduzierte in den letzten Monaten ihr Dienstleistungsangebot in Findorff, Gröpelingen und Walle auf ein absolutes Minimum. Die Kundenfrequenz ist dadurch an den verbliebenen Stellen sehr hoch, so dass sich teilweise lange Schlangen vor den entsprechenden Einrichtungen bilden. Ein Sparkassenbus wird zur Entlastung führen und dafür Sorge tragen, dass Personen, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, weiterhin ihre Bankgeschäfte fußläufig erledigen können.

Für die CDU-Beiratsfraktion Findorff
August Kötter

Für die CDU-Beiratsfraktion Gröpelingen
Arndt Overbeck

Für die CDU-Beiratsfraktion Walle:
Kerstin Eckardt



Beschlussvorlage

für die kommende Beiratssitzung

Rechtsabbieger-Grünpfeile für Radfahrer in Walle

Der Beirat Walle möge beschließen:



Der Beirat Walle fordert SKUMS auf, zu prüfen, ob an den im Folgenden genannten Lichtsignalanlagen Rechtsabbieger Grünpfeilschilder mit Beschränkung auf den Radverkehr (Zeichen 721) angebracht werden können und bei Eignung eine zeitnahe Installation zu terminieren:

1. Elisabethstraße → Steffensweg
2. Sankt-Magnus-Straße → Wartburgstrasse
3. Holsteiner Straße → Osterfeuerberg
4. *

Begründung:

Im Rahmen der beginnenden Verkehrswende steigen viele MitbürgerInnen auf Fahrräder um. Es gibt seit 2020 eine neue Möglichkeit den Radverkehr flüssiger zu gestalten, die Rechtsabbieger Grünpfeile.

Rechtsabbieger Grünpfeile für Radfahrer können auch in Walle einen Beitrag zur Förderung des Radverkehrs leisten. Sie vermeiden unnötige Wartezeiten und beeinflussen Kraftfahrzeugstöße nicht. „Rechts abbiegen für Radfahrer frei“ ist ein offizielles Verkehrsschild und bezeichnet die Erlaubnis für Radfahrer, auch dann rechts abzubiegen, wenn die Verkehrsampel rot zeigt. Beim Abbiegen kreuzen die Radfahrenden ausschließlich Fußgängerströme. Dem parallel zur freigegebenen Fahrtrichtung passierenden Fußverkehr hat der Radfahrer in jedem Fall Vortritt zu gewähren. Es gibt dabei nicht mehr Konflikte als beim Regelfall (Abbiegen bei Grün).

An den genannten Kreuzungen müssten die Voraussetzungen für die Anbringung der Grünpfeilschilder mit Beschränkung auf den Radverkehr gegeben sein. Die Rechtsabbiegenden können den Fußgänger- und Fahrzeugverkehr der freigegebenen Verkehrsrichtungen ausreichend einsehen und die ihnen auferlegten Sorgfaltspflichten ohne Probleme erfüllen.

Marco Juschkeit

FDP-WALLE

*ggf. plus weitere Standorte, welche im Rahmen der Beiratssitzung ergänzt / festgehalten werden.



im Beirat Walle

Erinnern statt vergessen.

Der Beirat möge sich gegen das Vergessen und Verdrängen einsetzen, indem Straßennamen mit Erklärungen versehen werden, statt nicht nachvollziehbare Umbenennungen zu forcieren.

Begründung:

mit einigem Befremden wurde die Installation eines Arbeitskreises zur „Dekolonialisierung“ registriert.

Diese Gruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht, Straßen umzubenennen, wenn diese nach Persönlichkeiten aus der Kolonialzeit benannt sind. Zumindest ein Teil der betroffenen Anwohner möchten jedoch die gewohnten Namen behalten.

Das hat außer alter Gewohnheit praktische Gründe. Wer möchte schon gerne aus ideologischen Beweggründen finanzielle Nachteile erfahren? Neue Briefbögen, Geschäftspapiere, Stempel, Adressetiketten. Ob die Politiker, welche sich für die Umbenennungen einsetzen, den Betroffenen einen Gebührenerlass für den Ersatz von Dokumenten (Ausweis, Führerschein) einräumen, ist eine spannende Frage.

Vielmehr sollten Straßen auch Erinnerungsorte sein. Dazu sollten die Straßennamen mit Erklärungen zu den Personen / Ereignissen / Orten... versehen werden, nach denen die Straßen benannt sind.

Am ausführlichsten wäre dies mit einem QR-Code und einer Datenbank zu verwirklichen, so dass alle relevanten Aspekte berücksichtigt werden können. Solch eine Datenbank ließe sich im Laufe der Jahrzehnte aktualisieren. Niemand weiß heute, welcher Zeitgeist in 10, 20 oder mehr Jahren herrscht.

Die allermeisten Bürger kennen Personen, wie z. B. Lüderitz oder Karl Peters nicht, und denken bei Nachtigall eher an den Vogel, als an die gleichnamige Person, deren Namen auch getilgt werden soll.

Diejenigen, welche sich sonst vehement für Erinnerungskultur (bezogen auf 1933-1945) einsetzen, versuchen nun, die beklagten zweifelhaften Taten der Namensgeber besagter Straßen vergessen zu machen. Konsequenz sieht anders aus.

Ich habe den Eindruck, dass die Geschichte Deutschlands für manche Zeitgenossen nur aus der Kolonialzeit und dem NS-Regime besteht.

Mehrere Personen aus den betroffenen Straßen, wozu auch die Columbus-Straße gehört, wundern sich, dass manche Politiker nichts Besseres mit Ihrer Zeit anzufangen wissen, als sich mit solch einem „Schwachsinn“ zu befassen.

Und wer sich gegen solche Vorhaben, wie die vermeintliche „Dekolonialisierung“ ausspricht, bekommt schnell die „Nazikeule“ zu spüren.

Deswegen wurde ich beauftragt, „...mir einen Antrag auszudenken, um den Wahnsinn zu stoppen. Ich sei ja daran gewöhnt, als Nazi verunglimpft zu werden“.

Es ist mittlerweile wieder so weit, dass sich nicht jeder traut, seine Meinung oder bestimmte Begriffe zu sagen.

Selbst „Schrebergarten“ darf nicht mehr gesagt werden, wenn es nach einem Beiratsmitglied der Grünen geht. Es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis der Waller Ungeist in Hemelingen Fuß gefasst hat, und die dortige Schreberstraße dran glauben muss.

Auch dort wäre ein QR-Code die bessere Wahl, wo auch auf die (angeblichen) Verfehlungen des Leipziger Arztes und Hochschullehrers eingegangen werden kann. So wie das Beiratsmitglied aus Walle argumentierte, soll Herr Schreber „Schwarze Pädagogik geübt, und die Kinder in den Gärten ausgebeutet haben“. Somit dürfen die Schrebergärten nicht länger Schrebergärten heißen, trotz unbestrittener Verdienste in der damaligen Zeit.

Was kommt als Nächstes? Die Bismarckstraße?

Auch wenn dieser Antrag, wie immer, abgelehnt wird, komme ich trotzdem der Bitte nach, die Angelegenheit „Beabsichtigte Straßenumbenennung“ auf die Tagesordnung der nächsten Beiratssitzung setzen zu lassen.

Im Auftrag

Gerald Höns



im Beirat Walle

Aufzeichnen gegen das Vergessen

Der Beirat möge sich gegen das Vergessen und Verdrängen einsetzen, indem Bild- und Tonaufzeichnungen der Beirats- und Fachausschuss-Sitzungen zugestimmt werden.

Begründung:

Nicht nur offensichtlich bewusst falsch erstellte Protokolle und wiederholte Handlungen zum Nachteil der AfD wecken den Wunsch nach objektiven Beweisen.

Aktueller Anlass für diesen Antrag ist die wiederholte, rechtswidrige Nichtbefassung eines AfD-Antrages. Die Sitzungsleitung hat, entgegen geäußerter rechtlicher Bedenken, über die Nichtbefassung abstimmen lassen. Der Unterzeichner selbst war angesichts der Vorgänge recht irritiert, wo doch in der Vergangenheit mehrere AfD-Anträge nach rechtswidrigem Beschluss auf Nichtbefassung nachgeholt werden mussten. Der Unterzeichner vermutete eine Änderung des Rechts, wohnte dem Geschehen fassungslos und geschockt ohne Widerworte angesichts der Dreistigkeit bei.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde die Nichtbefassung mehrheitlich beschlossen. Bei einer Gegenstimme, jene der AfD, gab es eine Enthaltung eines Beiratsmitgliedes, dem wohl noch ein wenig Restdemokratie innewohnt.

Auf eine Beschwerde bei der Senatskanzlei hin kam die Erklärung, dass alles nur ein Versehen sei, und „die Befassung mit dem Antrag selbstverständlich nachgeholt wird“. Die Sitzungsleiterin meinte, dass „ein Hinweis während der Sitzung genügt und sie nicht über die Nichtbefassung abstimmen lassen hätte“.

Genau diesen Hinweis (Zweifel über die Rechtmäßigkeit) hat es gegeben, welchen die Sitzungsleiterin ignoriert hatte. Vielleicht gibt es ja die Gelegenheit, die Aufzeichnung in Augenschein zu nehmen, bevor diese nach Protokollerstellung gelöscht wird.

Es wird daher auch beantragt, den relevanten Ausschnitt der Aufzeichnung (Bedenken zur Nichtbefassung) zu protokollieren. Die ständige Weigerung von Aufzeichnungen der Arbeit der gewählten Volksvertreter im Beirat lässt vermuten, dass das antidemokratische Verhalten und speziell die Diskriminierung der AfD nicht dokumentiert werden sollen.

Während in vielen offensichtlich demokratiefeindlichen Staaten meist eine Person für das Leiden der Menschen hauptverantwortlich ist, so kann ich in unserer Pseudodemokratie mit der „farbübergreifenden linken Einheitspartei“ keine Einzelperson ausmachen, welche hauptverantwortlich ist. Fast das ganze Volk besteht aus vielen kleinen Helferlein, welche sich offenbar nur allzu gerne individuell hervortun möchten, wohl um Belobigung zu erfahren.

Vor über 80 Jahren war es der „Unaussprechliche“ aus Österreich, der sich der obrigkeitgläubigen, fleißigen und innovativen Deutschen bediente. Was daraus wurde, wissen wir alle und bedarf an dieser Stelle keiner weiteren Kommentare.

Heute ist es Putin, auch eine Einzelperson ... nicht das ganze russische Volk, der für das Grauen unserer Tage hauptverantwortlich sein dürfte. Dabei werden die Menschen auf beiden Seiten der Informationsquellen beraubt. Putin lässt westliche Medien in seinem Land sperren. Hier wurde bestimmt, dass kein RT-International mehr gesehen werden darf. Diejenigen, welche sich Demokraten nennen, sollten auf allen Ebenen freie Information zulassen. Davon ist auch der Beirat in Walle weit entfernt. Zur freien Meinungsbildung gehört nicht die Bevormundung, welche Informationssendung für das Volk geeignet ist.

Aber was ist mit der Pseudodemokratie Deutschland? Wer hat hier wirklich das Sagen? Diese Frage konnte dem Unterzeichner nicht einmal der ehrenwerte Herr Dr. Korol beantworten.

In einer Pseudodemokratie geschieht alles viel subtiler als in einer offensichtlichen Diktatur. Unliebsame Personen / Gruppen / Parteien werden ausgegrenzt, benachteiligt... ohne dass es einer direkten Anweisung bedarf. Das war Anfang der 1930er Jahre in Deutschland ähnlich, bis nach und nach alle Hemmungen fielen, und der „Unaussprechliche“ die Macht übernahm. Den Deutschen konnte dann nur noch von außen geholfen werden.

Darum sollte der 8. Mai ein Gedenktag sein. Aber kein Feiertag, wie manche fordern. Eine „Belohnung“ hat sich Deutschland in den Jahren von 1933 bis 1945 wahrlich nicht verdient. Wer in Deutschland Flagge zeigen möchte, kann dies an jedem 8. Mai tun, und die Flagge eines Landes an seinem Haus zeigen, welches in den finsternen Jahren unter den Nazis gelitten hat. Der Unterzeichner hat sich aus naheliegenden Gründen für die Norwegische Flagge entschieden (Frigjøringsdagen).

Deutschland kann man bildlich mit einem Insektenstaat vergleichen. Jeder ist dem Kollektiv verpflichtet und sollte instinktiv, ohne nachzudenken, wissen, was zu tun ist. Nur so ist es nachvollziehbar, dass die Sitzungsleiterin wiederholt über die Nichtbefassung hat abstimmen lassen, ähnlich, wie eine Motte gegen das heiße Licht fliegt, sich wieder aufrappelt und es erneut macht.

Auf die immer wiederkehrende Benachteiligung der AfD in Sachen Redezeit wurde der Unterzeichner erst von außen aufmerksam gemacht. Erst als der Unterzeichner ein spezielles Zeitmessgerät einsetzte, bestätigte sich der Hinweis. Dabei wurde das Zeitüberschreiten der „Guten“ von der Sitzungsleitung großzügig toleriert ... damit die Gesamtzeit wohl wieder passt. Auch in dieser Hinsicht wären Aufzeichnungen hilfreich, um Beschwerden verifizieren zu können.

Verhaltensweisen sind programmiert. Dabei wird das Wort „Nazi“ weltweit, aber besonders in Deutschland, inflationär instrumentalisiert. Putin fühlt sich berufen, die Ukraine von „Nazis“ zu befreien, wo doch der Präsident ein Jude ist. Das eine schließt das andere wohl nicht aus. In der AfD wurden von den Empörungsbeauftragten „Nazi-Juden“, auch „Nazi-Schwule...“ ausgemacht. Wenn gewisse Leute nicht mehr weiterwissen, ist alles „Nazi“. Seitdem die Sitzungen des Waller Beirates dank Corona weltweit im Internet gesehen werden können, ist der Unterzeichner kein „Nazi“ mehr; wird seitdem einfach ignoriert. Aber auch das wird im Ausland mit Irritation zur Kenntnis genommen.

Die beantragten Aufzeichnungen könnten auch dabei helfen, dass sich gewisse Menschen für mehr Demokratie aufrichten, wenn diese sich mit ein wenig Abstand in Selbstreflektion üben, statt ohne Unterlass unbegründet gegen Andersdenkende zu wettern.

Es kommt einem so vor, als ob gewisse Menschen auf dem Boden einer Teetasse sitzen und nur die ideologische Rotlichtbestrahlung von oben wahrnehmen und verinnerlichen. Wenn diese Menschen Rückgrat hätten, so könnten sich diese aufrichten, über den Rand der Teetasse sehen, um z.B. andere Meinungen und wahre Demokratie zu vernehmen. Leider sind in Deutschland viele Menschen ideologisch derart bestrahlt, dass diese nicht anders können, als dem Kollektiv bedingungslos zu dienen, weil man es hier nun mal mit vielen „Wirbellosen“ zu tun hat.

Wahre Demokraten setzen sich auch mit anderen Meinungen auseinander. Das ist aber nicht gewünscht, weil wohl unbequem oder außer Nazivorwürfen die Argumente fehlen. Wenn das alles so großartig ist, was bestimmte Beiratsmitglieder für die Allgemeinheit so leisten (wollen), dann wäre es wohl selbstverständlich, diese hervorragenden Leistungen einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und für kommende Generationen zu archivieren. Schichtarbeiter und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen könnten sich nachträglich über die Vorgänge informieren.

Statt mehr Transparenz zu leben, verhindert der Waller Beirat unter dem Vorwand des Datenschutzes die Veröffentlichung des ganzen Geschehens. Protokolle werden nur rudimentär verfasst „(Wunsch-)Ergebnisprotokolle“. Bestimmte Aussagen und Tatsachen, welche die AfD im Protokoll vermerkt haben möchte, werden gerne unterschlagen. Vielleicht wissen gewisse Menschen im Waller Beirat um das eigene antidemokratische Verhalten und möchten dieses um keinen Preis dokumentiert wissen.

Aus demokratischer Sicht und aus Transparenzgründen spricht nichts gegen Aufzeichnungen von Politikern bei deren öffentlicher Arbeit. Wer das nicht möchte, muss sich nicht um ein Amt mit öffentlichen Auftritten bewerben.

Wer echte Demokratie kennen lernen möchte, macht sich gerade, und schaut mal über den Rand der Teetasse nach Norwegen. Demokratieindex, Pressefreiheit, Sicherheitsgefühl sind dort herausragend. Es hat wohl Gründe, dass die Miljøpartiet (Grüne) nahezu bedeutungslos ist, und die Fremskrittspartiet (AfD) an der Regierung beteiligt war.

Gerald Höns

18.04.2022

im Beirat Walle



Flaggentag 8. Mai.

Der Beirat ruft die Menschen in Walle auf, die Flagge eines Staates zu zeigen, der mit dem Ende des zweiten Weltkrieges von der Naziherrschaft befreit wurde.

Begründung:

Immer wieder tauchen Forderungen auf, in Deutschland den 8. Mai als Gedenktag oder gar Feiertag zu deklarieren. Wenn jeder Haushalt an einem Fenster die Flagge eines Landes zeigt, welches von 1933 bis 1945 unter deutscher Besatzung gelitten hat, wäre dies ein Zeichen des Gedenkens und angemessener Umgang mit dem Datum. Jeder Haushalt sollte sich jedoch nur für eine Flagge seiner Wahl entscheiden, damit es nicht „zu bunt“ wird, und den Charakter einer Feier annimmt. Obwohl die Ukraine 1945 kein eigenständiger Staat war, könnte angesichts der aktuellen Ereignisse auch diese Flagge zur Auswahl stehen.

Auch wenn die Frage, wie mit dem 08. Mai umgehen, überregional ist, so könnte der Stadtteil Walle ein Zeichen für die weitere Aufarbeitung der NS-Zeit setzen.

Den 8. Mai zum arbeitsfreien Feiertag zu erklären, sollte nicht befürwortet werden. Die Deutschen sollten sich nicht für die damalig begangenen Verbrechen selbst „belohnen“.

Gerald Höns

19.04.2022



im Beirat Walle

Kürzere, aber mehr Beiratssitzungen.

Der Beirat möge sich für monatliche Beiratssitzungen einsetzen, und die Sitzungsdauer auf drei Stunden begrenzen.

Begründung:

Sitzungen von über drei bis zu fünf Stunden sind unzumutbar. Dieser Meinung war offenbar auch der Beirat in Hemelingen, und hat die Begrenzung auf max. drei Stunden beschlossen.

Auch wenn diese Regelung zur Folge hatte, dass dort AfD-Anträge ganz zum Schluss auf die Tagesordnung kommen, und deswegen häufig nicht mehr behandelt werden können, so kann der Unterzeichner damit leben, wenn ausgefallene Anträge in der Folgesitzung an erster Stelle der Tagesordnung stehen. Dem Vernehmen wurden die AfD-Anträge meist nicht nachgeholt, indem diese erneut an das Ende der Tagesordnung gesetzt wurden. In der Folge nahm der Hemelinger AfD-Vertreter nicht mehr an den Sitzungen teil. Möglicherweise war diese Reaktion auch beabsichtigt.

Die Anregung des Unterzeichners, monatliche Beiratssitzungen abzuhalten, wurde von der Ortsamtsleiterin abgewiesen und mit Arbeitsüberlastung begründet. „Sie habe schließlich drei Beiräte zu betreuen“, war die lapidare Antwort. So gibt es in Walle alle zwei Monate eine Beiratssitzung, wobei einigen Menschen gegen Ende die Augen zufallen.

Eine denkbare Lösung wäre eine Aufteilung des Ortsamtes West in drei Ortsämter, wo sich die jeweilige Ortsamtsleitung angemessen um die Belange des Stadtteils kümmern kann.

Dem Unterzeichner erreichten in der Vergangenheit Bemerkungen aus der Bevölkerung, dass sich die Beiträge mancher Beiratsmitglieder in sinngemäßen Wiederholungen der Redebeiträge vorheriger Personen erschöpften.

Wenigstens wurde Seitens der Verantwortlichen neulich angedeutet, dass dieser zeitraubende Umstand angegangen werden soll.

Es bleibt zu hoffen, dass hinreichend Maßnahmen ergriffen werden, um die jeweilige Sitzungsdauer künftiger Sitzungen auf maximal drei Stunden zu begrenzen, denn die Hinweisgeber aus der Bevölkerung finden die Länge der Sitzungen ermüdend.

Im Auftrag

Gerald Höns



BEIRATSFRAKTION WALLE

Antrag gemäß § 7 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter
für die Sitzung des Beirates Walle, am 28.04.2022

Auskunftersuchen an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zum Thema „Errichtung von Quartiersgaragen“

Beirat Walle

Beirat Walle wendet sich mit Verweis auf die ihm zustehenden Auskunftsrechte gemäß § 7, Absatz 1, Nummer 1 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau. Er erbittet eine schriftliche Stellungnahme der senatorischen Behörde zum Themenkomplex der sogenannten Quartiersgaragen. Hierbei soll insbesondere zu nachfolgenden Sachverhalten Auskunft erteilt werden:

- Inwiefern hat die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau bereits potenzielle Grundstücksflächen identifiziert, die sich zur Errichtung von Quartiersgaragen im Stadtteil Walle eignen würden und, falls ja, um welche handelt es sich hierbei im Detail?
- Inwiefern hat die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur Errichtung von Quartiersgaragen im Stadtteil Walle bereits konkrete Planungs- und Arbeitsschritte unternommen und welchen hiermit im Zusammenhang stehenden aktuellen Sachstand kann sie dem Beirat Walle diesbezüglich mitteilen?
- Inwiefern erkennt die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau in der Errichtung von Quartiersgaragen generell eine geeignete Maßnahme, um einem womöglich angesichts einer gerichtlichen Entscheidung zum aufgesetzten Parken noch immens steigenden Parkdruck im Stadtteil Walle zu begegnen?

Begründung:

Eine Begründung des Antrages erfolgt mündlich im Rahmen der eigentlichen Beiratssitzung.

Kerstin Eckardt und Fraktion der CDU



BEIRATSFRAKTION WALLE

Antrag gemäß § 7 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter
für die Sitzung des Beirates Walle, am 28.04.2022

Auskunftsersuchen an den Senator für Inneres zum Thema „Zivilschutzeinrichtungen im Stadtteil Walle“

Beirat Walle

Beirat Walle wendet sich mit Verweis auf die ihm zustehenden Auskunftsrechte gemäß § 7, Absatz 1, Nummer 1 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter an den Senator für Inneres. Er erbittet eine schriftliche Stellungnahme der senatorischen Behörde zum Themenkomplex „Zivilschutzeinrichtungen im Stadtteil Walle“. Hierbei soll insbesondere zu nachfolgenden Sachverhalten Auskunft erteilt werden:

- Welche Zivilschutzeinrichtungen (u. a. Schutzräume und Bunker) stehen der Bevölkerung innerhalb des Stadtteils Walle aktuell im Detail zur Verfügung?
- Wie viele Menschen können besagte Zivilschutzeinrichtungen im Stadtteil Walle derzeit im Ernstfall aufnehmen?
- Welche zusätzlichen Zivilschutzeinrichtungen im Stadtteil Walle könnten nach Kenntnis des Senators für Inneres kurzfristig ertüchtigt werden?
- Inwiefern gedenkt der Senator für Inneres generell zusätzliche Kapazitäten in Zivilschutzeinrichtungen zu realisieren und was besagt sein diesbezüglicher Planungsstand konkret für den Stadtteil Walle?

Begründung:

Eine Begründung des Antrages erfolgt mündlich im Rahmen der eigentlichen Beiratssitzung.

Kerstin Eckardt und Fraktion der CDU